

01) Wer gibt Ihnen das Recht, Frau Merkel? (Wiederholung)

28. 07. 2021



Dr. Norbert Freiherr van Handel (Foto: © Dr. Norbert van Handel)

Dieser vor fünf Jahren erschienene Gastbeitrag von Dr. Norbert van Handel hat seinerzeit im deutschsprachigen Raum und zum Teil weit darüber hinaus große Aufmerksamkeit und mediales Echo hervorgerufen. Wir wiederholen den Beitrag heute aus gegebenem Anlass: dem bevorstehenden Ende der Ära Merkel.

Vermerkt sei noch, dass einige der seinerzeitigen Medieninterpretationen soweit gingen, in dem Beitrag die Meinung oder eine Direktive des Hauses Habsburg-Lothringen erkennen zu wollen; ein besonders weitschießender Bericht titelte sogar „Ein offener Brief aus dem deutschen Kaiserhaus“ (sic!)

Um solchen Spekulationen entgegenzutreten und Missverständnissen vorzubeugen, möchte der Autor ausdrücklich darauf hinweisen, dass dieser namentlich von ihm gezeichnete Artikel lediglich seine Privatmeinung ist und somit nicht die Ordensmeinung des Europäischen St.Georgs-Ordens, dessen Prokurator er seinerzeit war, oder gar des Großmeisters des Europäischen St. Georgs-Ordens zum Ausdruck bringt.

Wer gibt Ihnen das Recht, Frau Merkel?

Von Dr. Norbert van Handel (Steinerkirchen a.d. Traun)

- Wer gibt Ihnen das Recht, Frau Merkel, durch Ihre Politik die Identität Europas zu zerstören?
- Wer gibt Ihnen das Recht, Deutschland in ein Land der Unsicherheit mit brennenden Flüchtlingsheimen, Vergewaltigungen und ansteigender Ausländerkriminalität zu verwandeln?
- Wer gibt Ihnen das Recht, Frau Merkel, auch die angrenzenden Länder Österreich, Kroatien, Slowenien, Südtirol etc. durch Ihre Politik zu destabilisieren?
- Mit welcher Berechtigung, Frau Merkel, kritisieren Sie, wie erst kürzlich mit Ministerpräsident Renzi in Rom, die österreichische Grenzpolitik, wenn Sie andererseits sich in Deutschland freuen, dass – nur durch diese Grenzpolitik (!) – weniger Flüchtlinge nach Deutschland kommen?
- Wer gibt Ihnen das Recht, Frau Merkel, gemeinsam mit Herrn Schäuble, dafür verantwortlich zu sein Milliarden von Steuergeldern europäischer Bürger in Griechenland zu versenken, wobei gleichzeitig dieses Geld nicht den Menschen dort, sondern zu den deutschen und französischen Banken fließt, um deren Pleitepolitik zu sanieren?
- Wer gibt Ihrem Vizekanzler Herrn Gabriel das Recht, den demokratischen Staat Österreich zu kritisieren und sich dort in die Bundespräsidentenwahl einzumischen?
- Wie vereinbaren Sie, Frau Merkel, mit Ihrem eigenartigen Verständnis von Demokratie, ausgerechnet den undemokratischen Polizeistaat Türkei zu unterstützen, nur weil Ihre verfehlte Flüchtlingspolitik Sie nunmehr zwingt sich von Erdogan erpressen zu lassen?
- Mit welcher Berechtigung, Frau Merkel, vereinbaren Sie mit der Türkei eine Visa-Politik, die zusätzlich zu den Immigranten hunderttausende von Türken nach Europa bringt, wenn sie denn überhaupt funktioniert, was zunehmend weniger wahrscheinlich ist?
- Wer sind Sie eigentlich, dass Sie sich erlauben ganz Europa zu islamisieren, ohne Rücksicht auf die Interessen und den Willen der Bevölkerung?
- Wer gibt Ihnen das Recht TTIP zu unterstützen, das Europa immer mehr in die Hand der amerikanischen Großindustrie und -finanz bringt?
- Meinen Sie wirklich, dass eine in Mitteldeutschland sozialisierte Pastorentochter mit SED-Vergangenheit auch nur irgendein moralisches Recht hat unseren Kontinent zu ruinieren?
- Glauben Sie wirklich, dass Sie mit Ihrem „Muttigehabe“ Ihren hoffentlich baldigen Rücktritt abwehren können und glauben Sie tatsächlich, dass Ihr Bild in der Geschichte als ZerstörerIn unseres Kontinents besonders glorreich werden wird?
- Glauben Sie wirklich, dass Sie mit Ihren willfährigen Regierungskollegen vermeiden können, dass in Deutschland und Europa der Widerstand so stark werden wird, dass bürgerkriegsähnliche Zustände, wie sie derzeit schon in manchen Teilen Europas zu beobachten sind, vermieden werden können?
- Sind Sie wirklich stolz darauf hauptverantwortlich dafür zu sein, dass der Frieden in Europa, die europäische Union und vor allem die kulturelle Identität unseres Kontinents zerfällt?

Nehmen Sie zur Kenntnis, Frau Merkel, dass immer mehr Menschen aus der christlichen Mitte, weder Nationalisten, noch ewig Gestrige, sondern Menschen, die an die Zukunft Europas, aber nicht an Ihre Zukunft glauben, sich in kleineren und größeren Gruppen zusammenfinden, die letztendlich Sie und Ihre katastrophale Politik zum Einsturz bringen werden!

Dr.iur. Norbert Freiherr van Handel ist Unternehmer und (ehem.) Prokurator des Europäischen St.Georgs-Ordens, eines Ordens des Hauses Habsburg-Lothringen. Der Orden ist christlich und wertkonservativ, bekennt sich zu einem geeinten, selbstbewussten Europa und unterstützt den multinationalen alt-österreichischen Staatsgedanken sowie das verstärkte Erfordernis der Kooperation mit den Staaten Zentral- und Südosteuropas. Im Internet: europaeischer-sanct-georgs-orden.org

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

*

02) Umfrage: Mehrheit der Polen unterstützt den Bau der Mauer an der Grenze zu Weißrussland

30. 08. 2021



Polnische Soldaten beim Bau des Sicherheitszauns an der Grenze zu Belarus - *Bildquelle: TT/MON*

Mehrheit der Polen ist auch gegen die Aufnahme von Migranten und Flüchtlingen in der aktuellen Krise

Das Institut für Sozialforschung und Markt (IBRiS) hat im Auftrag des Fernsehsenders Polsat eine Umfrage durchgeführt, um die Meinung der Polen zum Thema Aufnahme von Migranten und Flüchtlingen in der aktuellen Krise zu ermitteln.

Die Frage, die in der Umfrage gestellt wurde, lautete: „Sollte Polen Migranten und Flüchtlinge aufnehmen?“ Die Ergebnisse zeigen, dass 38,3 Prozent der Polen diese Frage positiv beantworteten (7,4 Prozent antworteten, dass Polen sie „auf jeden Fall“ aufnehmen sollte, und 30,9 Prozent, dass es dies „wahrscheinlich“ tun sollte), und 33,8 Prozent der Polen waren „wahrscheinlich“ gegen die Idee, Migranten aufzunehmen. Weitere 21,1 Prozent antworteten, sie seien „auf jeden Fall“ gegen den Vorschlag.

Insgesamt waren mehr als die Hälfte (54,9 Prozent) der Befragten gegen die Idee, Migranten und Flüchtlinge nach Polen zu lassen.

Die Gruppe derjenigen, die gegen die Zulassung von Migranten sind, besteht hauptsächlich aus Männern (62 Prozent), Dorfbewohnern und Menschen mit geringerer Bildung. Weitere 6,8 Prozent der Befragten gaben an, dass sie es nicht wüssten.

Die zweite Frage lautete, ob eine Grenzmauer an der polnisch-weißrussischen Grenze errichtet werden sollte. Obwohl die Antworten in diesem Fall gleichmäßiger ausfielen, sprach sich die Mehrheit der Polen für eine solche Lösung der Krise aus.

Die Umfrage ergab, dass 47,7 Prozent den Bau einer Mauer befürworteten (20,2 Prozent antworteten mit „auf jeden Fall“ und 27,2 mit „wahrscheinlich“). Die Mehrheit dieser Gruppe bestand wiederum aus Männern (59 Prozent), Menschen mit geringerer Bildung und Bewohnern kleinerer Städte und Dörfer.

Im Gegenzug sprachen sich 43,4 Prozent der Polen gegen die Idee aus, wobei 21,1 Prozent „definitiv gegen“ eine solche Lösung waren und 22,3 Prozent „wahrscheinlich nicht“ dafür waren. Weitere 9,2 Prozent der Befragten waren nicht in der Lage, diese Frage zu beantworten.

Mehr als 3.000 Versuche, die weißrussische Grenze illegal zu überschreiten, im August

Am Montag kündigte der polnische Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak an, dass ein Sicherheitszaun an der polnisch-weißrussischen Grenze errichtet werden soll.

Der polnische Grenzschutz teilte am Donnerstag mit, dass er seit Anfang August mehr als 3.000 Versuche, die weißrussisch-polnische Grenze illegal zu überschreiten, registriert hat. Grenzschutzbeamte vereitelten über 2.000 solcher Versuche und nahmen fast 900 illegale Migranten fest.

Quelle: [DORZECZY.PL](https://www.dorzeczy.pl)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Ein Transporter mit Migranten überschlug sich an der österreichisch-ungarischen Grenze

29. 08. 2021



Bildquelle: kroativ.at

An der österreichisch-ungarischen Grenze kippte ein Transporter mit österreichischen Kennzeichen, der Migranten transportierte.

Bei diesem Unfall wurden nach ersten Angaben mehrere Menschen verletzt, der Fahrer und mehrere Migranten flohen vom Unfallort.

Wie viele Menschen verletzt wurden oder wie viele vom Unfallort flohen, gibt die ungarische Nachrichtenagentur MTI nicht an, berichtet jedoch, dass die Verletzten ins Krankenhaus gebracht wurden.

Die ungarischen Behörden haben bisher 21 Personen befragt. Sie behaupten, syrische und irakische Staatsbürger zu sein, hatten aber keine Dokumente dabei.

Quelle: MIT

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Wegen illegaler Einwanderer: Deutschkreutz will „zivile Patrouillen“ einführen



Foto: ReinhardThrainer / Pixabay

Aufgrund der täglichen Belästigungen der Bewohner der österreichischen Stadt Deutschkreutz will deren Bürgermeister Manfred Kölly eine private Zivilpatrouille einrichten, die die Einreise illegaler Einwanderer nach Österreich verhindern soll.

„So kann es nicht mehr weitergehen“, sagte Kölly, der sich im burgenländischen Landkreis Oberpullendorf, in dem Deutschkreutz liegt, seit langem über die Zahl der illegalen Einwanderer und Flüchtlinge beklagt. Kölly fordert seit langem eine Lösung des Problems, doch seine Appelle an die Bundesbehörden haben keine Früchte getragen.

„Auch die Tatsache, dass die Zahl der Grenzschutzbeamten gestiegen ist, ändert nichts an der Situation, da sie im Grunde nur ein ‚Empfangskomitee‘ sind“, erklärt Kölly der österreichischen Tageszeitung KronenZeitung.

Aus diesem Grund erwägen die Behörden ernsthaft die Aufstellung privater Truppen, die an den Grenzen stationiert werden und illegale Einwanderer daran hindern sollen, die Grenze zu überschreiten. Es ist auch eine Forderung, die der Bürgermeister an höhere politische Ebenen stellt.

Aber die Einrichtung privater Patrouillen ist in dieser kleinen Stadt nichts Neues. Es war nämlich bereits eine „städtische Zivilpatrouille“ gebildet worden, die mehrmals wöchentlich durch die Stadt patrouillierte, um den Frieden zu gewährleisten und das Privateigentum zu schützen.

Quelle: Kroativ.at

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Nach Griechenland ist nun Polen dabei, seine Grenzen wirksam zu schützen

29. 08. 2021



Polnisch-ukrainischer Grenzzaun · *Bildquelle: MPI*

Während Griechenland gerade den Ausbau seiner Stahlmauer zum Schutz vor dem Zustrom afghanischer Migranten abgeschlossen hat, ist nun Polen an der Reihe, Grenzstrukturen zu errichten, wie Verteidigungsminister Mariusz Blaszczak am 23. August ankündigte. Ziel ist es, eine physische Barriere zu schaffen, um das Eindringen von Migranten auf europäischem Boden zu bekämpfen. Der Minister machte deutlich, dass er gegen die „Schaffung einer neuen Route für die Schleusung von Einwanderern durch polnisches Gebiet“ ist.

Die geplante Anlage würde den ersten, bereits rund 130 Kilometer langen Einzeldrahtzaun verdoppeln: In Form eines 2,5 Meter hohen Stacheldrahtzauns soll er sich über 180 Kilometer erstrecken, was etwa der Hälfte der Gesamtlänge der bewaldeten Grenze Polens zu Weißrussland entspricht. Der Minister sagte auch, dass sich die Zahl der Militärs an der Grenze bald verdoppeln und rund 2.000 Soldaten zur Unterstützung der Grenzpolizei eingesetzt werden sollen.

In den letzten Monaten haben Tausende von Migranten, meist aus dem Nahen Osten, aus Syrien, dem Irak oder Afghanistan, versucht, die Grenze zwischen Weißrussland und den östlichen Ländern der Europäischen Union – Estland, Lettland, Litauen und Polen – zu überqueren. Die vier Länder prangern gemeinsam einen von Weißrussland organisierten „hybriden Angriff“ an, der ihrer Meinung nach Migranten ermutigt, illegal in die EU zu gelangen. In einer gemeinsamen Erklärung erklärten sie, der Zustrom von Migranten sei „vom Regime Alexander Lukaschenkos geplant und systematisch organisiert“ worden, dem Präsidenten der so genannten „letzten Diktatur in Europa“, der sich wahrscheinlich für die immer strengeren Sanktionen der EU rächen wollte.

Auch wenn das Problem der Masseneinwanderung schon seit vielen Jahren besteht, so beunruhigt die Beschleunigung, die es derzeit erfährt, insbesondere durch die Afghanistan-Krise, viele Länder vor den Toren Europas, die die ersten Opfer dieses unkontrollierbaren Stroms sind. Wir können zwar das Leid vieler heutiger Migranten nicht leugnen, aber unsere Länder können weder das ganze Elend der Welt aufnehmen, noch können sie es sich leisten, Tausende von illegalen Einwanderern und anderen Migranten ohne Papiere durchzulassen, die das ohnehin schon prekäre Gleichgewicht unserer Gesellschaften gefährden.

Quelle: [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Lampedusa-Fähre nach Infektion an Bord gesperrt

27. 08. 2021



Bildquelle: VoxNews

Es handelt sich um das Fährschiff, das regelmäßig illegale Einwanderer von Lampedusa nach Sizilien bringt

Die Fähre „Sansovino“, die seit Monaten Bootsladungen illegaler Einwanderer zwischen Lampedusa und Porto Empedocle befördert, musste gestern Abend vor Anker bleiben, weil erneut ein Besatzungsmitglied positiv auf Covid-19 getestet wurde.

Der infizierte Mann wurde offenbar verletzt und in einer speziellen Einrichtung isoliert untergebracht. Die übrigen Besatzungsmitglieder blieben in Quarantäne auf dem Schiff, das von den Gesundheitsbehörden effektiv blockiert wurde.

Natürlich gab es Beschwerden von Einwohnern und Touristen aus Agrigento, die am Kai von Porto Empedocle standen, um sich nach Linosa oder Lampedusa einzuschiffen. Auch die Polizei griff ein, um eine Eskalation der Unruhen zu verhindern.

Das Fährschiff „Sansovino“ wurde gestoppt und die für heute Vormittag geplante Überführung von weiteren 110 illegalen Einwanderern aus dem Hotspot Lampedusa abgesagt. Nach den gestrigen Transfers mit denselben Fähren und dem Quarantäneschiff „Aurelia“ befanden sich noch 691 illegale Einwanderer in der Erstaufnahmeeinrichtung, obwohl die maximale Kapazität bei 250 liegt. Im Morgengrauen transferierte jedoch ein Patrouillenboot der Guardia di Finanza 50 „Schutzsuchende“, die in Porto Empedocle an Land gehen werden.

Quelle: [VoxNews](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Zusammenarbeit mit Tunesien zur Beendigung der Anlandungen in Sizilien

Von Nicola De Felice

26. 08. 2021



Bildquelle: Centro Machiavelli

Die Anlandung von illegalen Einwanderern auf Lampedusa geht unvermindert weiter. Seit Anfang des Jahres sind rund 35.700 Illegale in Italien gelandet, achtmal mehr als im gleichen Zeitraum 2019 mit Salvini als Innenminister. Es gibt etwa 10.000 Tunesier, 5.000 Bengalen, 3.000 Ägypter und dann all die anderen, meist Wirtschaftsmigranten, die den Menschenhändlern Schutzgeld zahlen.

Der Innenministerin Lamorgese fehlt nach wie vor die notwendige Strategie, um das Phänomen einzudämmen. Es stimmt, dass sich das Problem nicht auf das Innenministerium beschränken lässt, sondern einen systemischen Ansatz mit allen anderen Ministerien erfordert, und zwar im Rahmen der politischen Zuständigkeiten, die dem Präsidenten des Ministerrats zugewiesen sind. Es ist jedem klar, dass die Folgen der derzeitigen Politik der offenen Häfen zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Probleme führen.

In Sizilien hatten die energische Impfkampagne, zu der Präsident Musumeci nach Kräften beigetragen hat, und der damit verbundene Rückgang der Ansteckungen sowie die Aufhebung der Beschränkungen die Hoffnung auf einen starken Aufschwung des Tourismus wieder aufleben lassen, wobei die unbestrittene Schönheit der Landschaft und das historische und archäologische Erbe, das in unmittelbarer Zukunft die einzige glaubwürdige Ressource für die Entwicklung dieses Gebiets darstellt, zum Tragen kamen. All dies ist durch den gleichzeitigen exponentiellen Anstieg der illegalen Einwanderung ernsthaft bedroht. Es gibt keine Hoffnung auf ein positives Ergebnis, wenn die Grenzen weiterhin wie ein Sieb bleiben und die NGO-Schiffe zusätzlich zu den Booten aus Tunesien weiterhin einen Taxidienst von der afrikanischen Küste aus unter dem humanitären Deckmantel betreiben. Auch die von der italienischen Regierung bereitgestellten Quarantäneschiffe lösen die durch die Pandemie verursachten Probleme nicht, im Gegenteil, sie verschärfen sie noch. Andererseits gewährleisteten überfüllte Hotspots, die weit über die zulässige Anzahl hinausgehen, nicht die notwendigen hygienischen Bedingungen und können sogar das Auftreten neuer Virenvarianten fördern.

All dies ist unwürdig für eine Nation, die sich rühmt, Souverän über ihr Territorium und ihr Meer zu sein. Sizilien darf nicht länger als Abladeplatz für illegale Einwanderer dienen, die Opfer eines verabscheuungswürdigen Menschenhandels sind und nach Europa gelangen wollen. Was Italien unter den gegenwärtigen Bedingungen mit schwerwiegenden Folgen für die Wirtschaft und die Lebensqualität erdulden musste, kann aufgrund der traditionellen Gastfreundschaft seiner Bewohner nicht länger hingenommen werden. Die internationalen Gesetze zur Seenotrettung können nicht herangezogen werden, um diesen Missbrauch zu rechtfertigen.

Die italienische Regierung hat die Verantwortung für diese Tragödie zu übernehmen. Andererseits muss sie die Kooperationsbeziehungen mit Tunesien und Libyen nicht nur diplomatisch, sondern auch militärisch und wirtschaftlich intensivieren, und zwar auf der Grundlage einer Strategie, die eine eigene Grenzsicherung im Süden dieser Länder vorsehen muss. Mit Präsident Saied, der einzigen verlässlichen Figur im derzeitigen politischen Chaos in Tunesien, muss eine umfassende Zusammenarbeit geschaffen werden, die es dem Land ermöglicht, aus der schweren politischen und wirtschaftlichen Krise, in der es sich befindet, herauszukommen, indem ein konstantes und strukturiertes wirtschaftliches (aber nicht welfaristisches) und sicherheitspolitisches Engagement gewährleistet wird, angefangen bei Patrouillen – in den Hoheitsgewässern und an Land – unserer Polizeikräfte gemeinsam mit der tunesischen Garde Nationale, um jeden Versuch der Ausreise im Keim zu ersticken. An der tunesischen Grenze müssen Kommando- und Kontrollzentren mit Radarüberwachungssystemen sowohl im Norden als auch im Süden in Anwesenheit italienischer Experten eingerichtet und in Betrieb genommen werden.

Die bezahlenden „Schiffbrüchigen“, die von den Menschenhändlern an Bord der NGO-Schiffe geschickt werden, müssen gemäß der Dublin-Verordnung der EU, die vorsieht, dass der Flaggenstaat des Schiffes die Verantwortung für den internationalen Schutz der illegalen Migranten übernimmt, unverzüglich per Luftbrücke, die Sizilien als Basis anbieten kann, nach Deutschland und Norwegen überführt werden. Radikal anders muss das Engagement der UNO in Afrika mit ihren UNHCR-Strukturen werden, damit Rückführungszentren vor Ort eingerichtet werden können.

Die Souveränität und die Verteidigung des Territoriums, einschließlich der italienischen Gewässer, müssen ebenso geschützt werden wie die soziale, gesundheitliche und wirtschaftliche Sicherheit der einzelnen Bürger, insbesondere unserer Fischer, die legal in internationalen Gewässern fischen.



Nicola De Felice

Senior Fellow des Centro Studi Machiavelli. Als Konteradmiral (a.D.) und ehemaliger Kommandant von Zerstörern und Fregatten bekleidete er wichtige diplomatische, finanzielle, technische und strategische Ämter im Verteidigungs- und Marinestab, sowohl im In- als auch im Ausland, zu Wasser und zu Lande, wobei er sich für eine effiziente italienische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik engagierte.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [CENTRO MACHIAVELLI](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Rechtsanwalt Dr. Miha Pogačnik: Brüssel kann den Ländern keine Migrantquoten diktieren!

Journalisten sollten die Texte der Gründungsverträge der EU lesen

Von Domen Mezeg (Nova24tv)

26. 08. 2021



Miha Pogačnik, Experte für internationales Recht · Foto: STA

„Die EU-Mitgliedstaaten sind nicht verpflichtet, Migrantenkontingente zu akzeptieren, und die EU kann ihnen dies auch nicht rechtlich vorschreiben. Die Journalisten sollten einmal die Texte der beiden grundlegenden Verträge, des EU-Gründungsvertrages (EUV) und des Vertrages über die Arbeitsweise der EU (AEUV), lesen und aufhören, mit „Brüssel erwartet, Brüssel fordert ...“ Panikmache zu betreiben. Angst ist Unwissenheit“, schrieb der Völkerrechtler Dr. Miha Pogačnik.

Mit diesen Worten reagierte der internationale Rechtsanwalt Miha Pogačnik auf die Klarstellung von Premierminister Janez Janša zu den irreführenden Behauptungen der slowenischen Zeitung *Drevnik*. Janša: „Unglaubliche Irreführung! Nennen Sie mir die EU-Mitglieder, die zusätzliche Quoten von Migranten aus Afghanistan akzeptieren werden. Und selbst wenn dies der Fall sein sollte, wird es ihre souveräne Entscheidung sein und nicht die Entscheidung der EU, sie auf die Länder umzuverteilen. Die EU hat diese Kompetenz nicht, also wird es keinen EU-Korridor geben. Die Zeitung erinnerte an die Antwort Brüssels auf Janšas Tweet, dass die EU und die Länder die Pflicht hätten, sich um die bedrohten Menschen in Afghanistan zu kümmern.

Zur weiteren Klärung setzten wir uns mit Pogačnik in Verbindung, der sich wie folgt zu der Angelegenheit äußerte: „Der wichtigste Punkt ist, dass die EU so viele Befugnisse hat, wie ihr in den Gründungsverträgen zugestanden werden. Deshalb habe ich geschrieben, dass es für Journalisten eine gute Idee wäre, den EU-Gründungsvertrag und den Vertrag über die Arbeitsweise der EU zu lesen“. Es ist jedoch die souveräne Entscheidung der einzelnen Länder, zu entscheiden, wer sich im Hoheitsgebiet eines Landes aufhält. Die EU kann also nicht vorschreiben, welche Länder und welche Quoten diese Länder akzeptieren, wenn sie dem nicht zustimmen. „Ein Land kann sich weigern, Quoten zu akzeptieren. Es gibt einen Solidaritätsmechanismus, mit dem einzelne Länder die „Flüchtlingslast“ (Flüchtlinge, nicht Migranten!) teilen können, das tun sie auch, aber ohne die Zustimmung der einzelnen Länder ist das nicht möglich.“



Der Zustrom von Wirtschaftsmigranten · Foto: Twitter

Ein Flüchtling ist eine Person, die aus einem Gebiet flieht, in dem ihr Leben oder ihre Sicherheit bedroht ist, und die ein echtes Recht darauf hat, in einem ersten sicheren Land Zuflucht zu finden. „Von Afghanistan bis Slowenien gibt es eine ganze Reihe von sicheren Ländern“, erklärt der Völkerrechtler. Daher ist jemand, der Grenzen überschreitet, kein Flüchtling im klassischen Sinne mehr. Bisher handelte es sich weitgehend um so genannte „Wirtschaftsmigranten“, die sich ihr Zielland sogar frei aussuchen konnten, wo sie leben, arbeiten und von dessen Sozialsystem profitieren wollten. So gingen sie zum Beispiel nach Schweden, Deutschland usw. oder eben dorthin, wo es ihnen am besten passte. Es handelte sich um Migranten – Menschen, die beispielsweise aus wirtschaftlichen Gründen nach Europa kamen. Im Falle Afghanistans muss nach Ansicht von Pogačnik jedoch unterschieden werden, wer die Menschen sind, die wirklich vor dem Krieg fliehen, und wer diejenigen sind, die die Besetzung dieses asiatischen Landes durch die Taliban auch für wirtschaftliche Zwecke ausnutzen.

Einige arabische Länder sind sicher, zivilisiert und reich und könnten Wirtschaftsmigranten aufnehmen, aber sie wollen sie nicht. „Und das ist eine Trennlinie, die Europa im Moment nicht ziehen kann. Kriegsflüchtlinge haben das Recht, im ersten sicheren Nachbarland Zuflucht zu suchen, die übrigen sind Migranten. Aber es ist Sache der einzelnen EU-Mitgliedstaaten zu entscheiden, wer wen aufnimmt“, so Pogačnik. Das wirft auch die Frage auf, warum immer nur von Europa die Rede ist: Es gibt zum Beispiel ölfreiche arabische Länder, und es gibt eine gewisse kulturelle Nähe zwischen diesen und Afghanistan. Gleichzeitig sind diese Länder sicher, geordnet, zivilisiert und haben einen sehr hohen Lebensstandard (Bahrain, Katar, Kuwait usw.). „Dies sind Länder, die das Potenzial haben, diese Menschen aufzunehmen.“ Der Grund, warum sie zögern, sie aufzunehmen, liegt laut Pogačnik darin, dass sich diese Länder der Probleme bewusst sind, die die Aufnahme dieser Migranten mit sich bringen könnte, die EU aber offenbar nicht.

„Die EU verhält sich wie ein unverantwortliches, gutherziges, dekadentes Kind. Sie hat ihre eigenen Institutionen und ihre eigene Bürokratie. Tatsache ist, dass das derzeit vorherrschende Denken der EU-Bürokratie von einer liberalen globalistischen Mentalität geprägt ist. Es ist am einfachsten, billigsten und schönsten, wenn irgendein Apparatschik in Brüssel den Gutherzigen spielt. Und er spielt Letzteres auf Kosten der nationalen, souveränen Staaten, die das hinnehmen, ertragen und bezahlen müssen.“ Das, so Pogačnik, ist das Problem internationaler Organisationen, denn sie haben kein Territorium und spielen mit den Budgets und dem Repertoire der Mitgliedstaaten. Ein gewisser David Sassoli etwa kann im Europäischen Parlament alles sagen, aber er wird nicht zur Rechenschaft gezogen und nicht dafür bezahlt. „Und am einfachsten ist es, den Speichellecker zu spielen“, meint Pogačnik. Es passt zu der multikulturellen Agenda, die die Menschen vorantreiben, und diese Agenda steckt sicherlich hinter den Kulissen. Nationalstaaten mit traditionellen Werten sind ein Hindernis für diese globalistische Agenda.



Präsident des Europäischen Parlaments David Sassoli - © European Union / Wikimedia CC-BY-4.0

Dänemark wird Asylzentren außerhalb Europas errichten, aber wenn das Asyl gewährt wird, bleiben die Migranten in den Aufnahmeländern

Diese Agenda, so der Professor für internationales und europäisches Recht an der European Law School, zielt darauf ab, die Nationalstaaten zu „verwässern“; die Migration ist eine gute Gelegenheit, dies zu tun, und ein großer Teil der Bevölkerung fällt darauf herein. Der entscheidende Punkt ist jedoch, so Pogačnik, dass sich die EU mit all diesen Migrationsfragen, einschließlich der Auswahl und des Status dieser Menschen, außerhalb ihres Territoriums befassen sollte. Diese Probleme können in der Region gelöst werden. Ein Beispiel ist Dänemark, das ein Gesetz verabschiedet hat, das es dem Land erlaubt, Zentren für Asylbewerber außerhalb Europas einzurichten, in denen die Asylbewerber während der Bearbeitung ihres Antrags untergebracht werden können. In diesen Ländern würden die Migranten letztlich bleiben, wenn ihr Antrag genehmigt wird – d. h. im ersten (nahen) sicheren Nachbarland. Es ist unverständlich, dass Migranten so viele Länder, Kontinente und zahlreiche nationale Grenzen durchqueren müssen, bevor sie in ihre Heimat zurückkehren können. „All diese Fragen sollten dort behandelt werden, wo sie auftreten. Wenn nicht in dem Land, aus dem sie stammen, z. B. in Afghanistan, dann in einem ersten sicheren Nachbarland, das ein EU-Verbündeter ist.“

DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER